

Nils Thomsen
Pfeifenmacher
Elsenstrasse 115
12435 Berlin

verschiedene Adressaten

Berlin, 10.02.2010

Ressortübergreifende Klärungsnotwendigkeit eines für meine Familie (Eltern mit 2 Kindern) existenzbedrohenden Problems, dass durch kriminelle, vermögensschädigende Handlungen uns gegenüber im Beisein von Beamten der Berliner Polizei entstand und sich täglich verschärft, obwohl einfache Lösungen angeboten wurden und möglich sind . Ich bitte insbesondere um Anhörung vor einer Gruppe entscheidungsbefugter Personen, um bereits eingetretene Folgeschäden oder zumindestens unbillige Härten und Verhältnislosigkeit sofort zu beheben, so dass überhaupt eine Lösung der komplexen Gesamtsituation erreicht werden kann.

Sehr geehrte Damen und Herren !

Verzeihen Sie mir zunächst einen gewissen Grad an Emotionalität und Polemik, die aber hoffentlich wegen der langandauernden Dauerbelastung verständlich sind und des Sachgehalts an sich nicht schmälern. Mir ist mittlerweile bekannt, dass juristische Bewertungen nicht mit moralischen Bewertungen zu vergleichen sind, dass es mehr um den möglichen materiellen Ausgleich und nicht um den ideellen Ausgleich geht usw. Nun, ich spreche als Laie, und da fällt es eben schwer, „gefühltes Recht / Unrecht“ und „Recht / Unrecht laut Gesetz“ auseinanderzuhalten, was Sie mir aus Gründen von Unwissenheit und emotionaler Nähe zu den Vorgängen bitte verzeihen mögen. Dafür danke ich im Voraus.

.....

Ich bitte Sie herzlich, im Zusammenwirken Ihrer Organe folgenden Sachverhalt ressortübergreifend zu beurteilen und einer sehr schnellen (Teil)-Lösung zuzuführen. Die eigentliche Lösung wird längere Zeit beanspruchen, da das Problem mittlerweile komplex ist und durch verschiedene Ihrer unterstellten Behörden Tatsachenentscheidungen ohne Berücksichtigung der Umstände gefällt wurden, die existenzbedrohend sind. Sollte mir vielleicht im Verlaufe der Ausführungen ein verbaler Fehler unterlaufen, bitte ich den schon jetzt zu entschuldigen. Wenn Sie Höflichkeit und Sachlichkeit verlangen, ist das etwa gleichzusetzen mit der Aufforderung an eine Frau, die gerade vergewaltigt wird, ihrem Peiniger gegenüber höflich zu bleiben. Meine Familie und ich fühlen uns allerdings vergewaltigt, die Vergewaltigung begann am 8. Februar 2004 und dauert in steigender Härte an. Trotzdem werden Sie sachliche Problembeschreibung und Lösungsmöglichkeiten vorfinden. Gleichfalls kann ich Fehler in der juristischen Bewertung nicht ausschließen, da ich dort Laie bin.

A. Ausgangssituation

Zur Wendezeit 1989 war ich Offiziershörer an der Militäarakademie in Dresden im Dienstrang Major (Artillerie), vorher immer in der Kommandeurslinie (Bttl.-Kommandeur) und nach dem Studium zunächst vorgesehen als Regimentskommandeur. Meine Ehefrau war und ist hochqualifizierte Krankenschwester an der Berliner Charite und kürzlich mit der Urkunde für 25-jährige Tätigkeit ausgezeichnet worden. Wir haben einen Sohn (16) und eine Tochter (11), Hund und Meerschwein und bewohnen ein meiner Frau gehörendes Einfamilienhaus in Berlin-Baumschulenweg. Nach der Wende und Überwindung einer Depression gründete ich mein Unternehmen und war deutschlandweit bis 2001 erfolgreich tätig. 2001 wurde ich durch

einen Lungenriss (Pneumothorax) gezwungen, anderweitig tätig zu werden. Meine Frau lieh mir über Hypotheken finanzierte Mittel in Höhe von ca. 100 T€ und ich baute damit im UFA Palast Treptow einen mittlerweile sehr speziellen kunsthandwerklich ausgerichteten, weltweit bekannten Tabakspfeifenladen mit Schauwerkstatt auf, der in Deutschland einzigartig und das wohl am höchsten spezialisierte Geschäft ist. Neben dieser Arbeit gründete ich das „Berliner Tabakskollegium“, das unter anderem Suchtprävention zuungunsten des Suchtrauchens betreibt und auch sonst mit veranstalteten Pipe-Shows („Berliner Pfeifenspektakel“) und anderen Maßnahmen integrierend in Erscheinung tritt. Daneben beteiligen wir uns regelmäßig an der Weihnachtstafel für Obdachlose, was Sie auf beiliegender DVD nachvollziehen können. Vielleicht erinnert sich Ihr Büroleiter an die Friedenspfeife für J.W. Busch (gegen den IRAK-Krieg) oder an die Aktion „Ein Amerikaner in Berlin“, während derer ein ehemaliger, pfeiferauchender Besatzungssoldat der ersten Stunde und seine deutsche Frau geehrt wurden. Ein ursprünglich noch zum Geschäft gehörender separater Teilbereich (Zigarren, begehrter Humidor, Zigarillos, Zigaretten usw) wurde nach dem Erreichen der Gewinnzone der „Pfeifenabteilung“ im August 2003 an einen gewissen Herrn J. B. verkauft, Anzahlung und Ratenbasis, Miete, Versicherungsbeitrag, Werbekosten und Teilbeschäftigung meines Lehrlings Daniel Sierotta (Bester seiner Klasse) wurden vertraglich geregelt, als Sicherheiten dienten mangels anderer Möglichkeiten Mobilien und jeweils aktueller Warenbestand des ebenfalls im UFA Palast befindlichen Ladens immer in der jeweiligen Höhe der offenen Restsumme. Nach einiger Zeit fiel es dem Käufer schwer, die Raten pünktlich zu bedienen, woraufhin wir ihm dieselben herabsetzten und im Gegenzuge auf Pünktlichkeit bestanden. Andernfalls hätte er den Laden zurückzugeben. Da die Situation für den eingelegten Betrag meiner Frau insgesamt bedrohlich wurde, nahm sie die bei mir in Benutzung befindlichen Sicherheiten in Anspruch und meldete ihr eigenes Gewerbe an, welches ich als ebenfalls selbständiger Pfeifenmacher und Ehegatte führe.

B. Tattag

Am 08. Februar 2004 erreichte uns die Nachricht, dass Herr Jürgen B. mit einigen unbekanntenen Personen dabei war, die Waren und das Mobilien (ortsgebundene Sicherheiten) zu verpacken, um sie an einen anderen Ort zu bringen. Weiterhin erfuhr ich, dass der Anrufer bereits seit 2 Stunden vergeblich versucht hatte, die Polizei direkt über Notruf von dem gerade stattfindenden Diebstahl zu informieren. Daraufhin rief ich dann selbst über die Nummer 110 die Berliner Polizei, um mit deren Hilfe die Unterschlagung der Sicherheiten mittels Wahrung des Status Quo zu unterbinden. Ich hätte das auch mit Hilfe von Freunden privat tun können, sozusagen in Notwehr. Aber in naivem Vertrauen in die Umsicht der Beamten und zu meinem fassungslosen Erstaunen und zunehmendem Entsetzen spielte sich dann folgendes, durch Zeugen bestätigtes Geschehen ab: Die beteiligten Beamten teilten mir mit, dass es sich um eine zivilrechtliche Sache handelte und sie nicht zuständig wären. Die ihnen vorgelegten eindeutigen Dokumente des Kaufes und dessen Konditionen nahmen sie nicht zur Kenntnis. Eine Anzeige nahmen sie trotz Aufforderung nicht entgegen. Ich darf wohl von Unterlassung ausgehen. Der Status Quo hätte gehalten werden müssen, und sei es nur wegen unklarer Rechtslage, was mittlerweile von Mitarbeitern der Senatsinnenverwaltung schriftlich bestätigt wurde. Nun, außerdem wurde mir aktives Handeln mittels Freundeskreis oder auch allein verboten, ich wurde körperlich gehindert, meinen Platz zu verlassen, angeblich, „um möglichen Körperverletzungen vorzubeugen“ .. Ich und mittlerweile meine Frau und einige Zufallsbesucher wurde also in der Notwehrsituation behindert und handlungsunfähig gemacht. Nach einiger Zeit waren das gesamte Inventar und der Warenbestand verladen, der Laden besenrein. BESENREIN ! Man hat noch nicht einmal die Personalien festgestellt Ganz klar ist, dass nur durch das Unterlassen und Behinderung meinerseits durch die Beamten dieser Schaden überhaupt eintreten konnte, der ja in der Folge eine Unmenge von Folgeschäden nach sich ziehen würde, was mir sofort am Abend klar war. Die prognostizierten Schäden, vor denen ich die Beamten prinzipiell warnte, betrugen ca.:

- Nichtgezahlte Restsumme 26000 €
- Zinsen allein dafür ca. mindestens 7000 €
- Miete der nun leeren Räume bis zum Mietende mit Nebenkosten 18x1000 = 18000 €
- Werbekosten für Beschilderung 30x100 3000 €
- Versicherung, Alarmanlage 30x150 4500 €
- Gewinnausfälle (fehlende Doppelkunden) mindestens 30x1000 30000 €
- Lohnanteil Lehrling Restlehrzeit 24 Monate 24x250 6000 €
- Gerichts-/Verfahrenskostenvorschüsse geschätzt 5000 €
- Verlorene Arbeitszeit (Polizei, Gerichte, Vorbereitung, Aufklärung..) 500 h x 50 € 25000 €
- Geschätzte summarische Kosten / Verluste 124500 €
- marktübliche Zinsen 6% auf ca. 120 TE 6 Jahre 43200 EUR
- Gesamtsumme damit also über 160000 EUR
- zuzüglich Realverlust incl. Gewinneinbussen, Namensbeschädigung bei Lieferanten usw. viel höher
- zuzüglich Schmerzensgeld wegen Herabwürdigung, Schufa-Eintrag usw. viel höher

Konkret werfe ich den beteiligten Beamten (zwei Schutzpolizisten) folgende Verstösse vor:

- **Weigerung, meine Strafanzeige/Diebstahlsanzeige an Ort und Stelle aufzunehmen**
- **Weigerung, mich und später meine Ehefrau überhaupt anzuhören**
- **Weigerung, in die bereitliegenden Vertragsdokumente Einsicht zu nehmen**
- **Weigerung, den Status Quo laut Dienstanweisung bei unklarer Rechtslage herzustellen bzw. zu sichern**
- **Körperlicher Zwang, meine Ladenräumlichkeiten nicht zu verlassen, um mich zu hindern, mein Eigentum persönlich zu schützen (Begründung: „Es könnte zu einer Körperverletzung kommen“)**
- **Nichtaufnahme der Personalien der am Diebstahl Beteiligten**
- **Weigerung, sich bei einem Vorgesetzten zu vergewissern, ob sie rechtmässig handeln**
- **Später, während meiner Anzeige in der Dienststelle Segelfliegerdamm, Verfälschung meiner Anzeige gegen sie, indem während Vernehmungspausen Aussagen meinerseits mit den in Zivil anwesenden damals beteiligten Beamten durch den vernehmenden Polizeibeamten (Name bekannt) abgeglichen wurden**
- **Fälschung oder Falschaussagen zum Tathergang und ihrer eigenen Aktivitäten und Nichtaktivitäten währenddessen**
- **Verletzung der Belehrungspflicht mir gegenüber sowie Negierung von Bürgerrechten meinerseits, zB des Rechtes, sofort eine Anzeige aufgeben zu können (was dann eine Handlungsverpflichtung ihrerseits ausgelöst hätte)**
- **Im Nachgang massive Untergrabung meiner Glaubwürdigkeit**
- **Übrigens hatte mein Nachbar dreimal bereits über die Notrufnummer der Polizei die Tat als Diebstahl im Vollzug alarmiert, über zwei Stunden lang kam niemand, sondern erst, als ich persönlich die Polizei informierte.**
- **Letztendlich ermöglichte erst dieses Verhalten der Beamten überhaupt den erfolgreichen Diebstahl und ist erste und entscheidende kausale Bedingung für alles, was dann geschah UND BIS HEUTE GESCHIEHT**

Es stellt sich nun folgende Frage:

WARUM haben die Polizisten so gehandelt, wie sie eben gehandelt haben?

- **Kamen sie deshalb 2 Stunden nach der ersten Anzeige nicht, weil sie bereits informiert waren und nicht kommen WOLLTEN ?**
- **Nahmen sie den (türkischen) Anrufer aus rassistischen Gründen nicht ernst ?**
- **Waren sie sogar involviert und u.U. materiell beteiligt ?**
- **Geniesst Herr B. Polizeischutz, ist er Informant o.ä.?**
- **Ist ein weiterer damals im Umfeld des Täters agierender Herr U.F. , der sich als entfernter Bekannter und Polizist vorstellte, Informant o.ä. ? Geniesst vielleicht dieser Mensch irgendwelche Schutzmassnahmen ?**
- **Sind die beteiligten Beamten einfach nur faul und dumm und wollten ihren Dienstschluss nicht gefährden ?**
- **Sind Teile der Berliner Polizei dermassen unmotiviert, dass derartiges Verhalten mittlerweile der Normalfall und insofern „nicht weiter beachtenswert“ ist ?**
- **Wollten sie es „einem Ex-NVA-ler“ mal so richtig zeigen ?**
- **Ist diese ganze Geschichte respektive deren Aufklärung und Herstellung eines Ausgleiches wirklich „nicht im öffentlichen Interesse“ ?**

Aber es kam schlimmer, wie im weiteren beschrieben. Dass ich wie gelähmt und fassungslos war, lässt sich denken. Wie ich später kreativ neue Designs entwarf und Schritt für Schritt den Laden wieder in die Gewinnzone führte, ist mir und vielen meiner Kunden heute noch schleierhaft. Jedenfalls ging das nur mit Unterstützung meiner Frau, treuer Kunden und in VOLLER KONZENTRATION auf eine einzige Sache: Erhaltung der Überlebensfähigkeit des Geschäftes incl. der Erhaltung des für den eigentlichen Geschäftsablauf nicht notwendigen Lehrlings aus rein zwischenmenschlichen Erwägungen. Unser gesamtes liquides Kapital war aufgebraucht /gestohlen/veruntreut, Wareneinkauf zur Neuerrichtung der Zigarrenstrecke oder Ausstattung des leergeräumten Ladens nicht möglich, Konzentration also auf selbsthergestellte Produkte mit Erhöhung der Rendite und mit sinkendem Umsatz. Ich konnte mich nur und ausschliesslich um diese Sache und ausserdem um die Vorbereitung der juristischen Auseinandersetzung kümmern. Ich konnte einfach nicht mehr tun, war verletzt, gedemütigt, fassungslos und phasenweise schwer depressiv. Nur meiner Frau verdanke ich im Grunde, das ich das alles irgendwie überstanden habe. Bis jetzt jedenfalls.

C. Strafanzeige eine Woche später

Ein Wochenende später zeigte ich B. und die Mittäter in der Dienststelle der beteiligten Beamten, Segelfliegerdamm, an. Gleichzeitig hatte ich eine Anzeige gegen die beteiligten Beamten vorbereitet. Das war der entscheidende Fehler, wie ich heute weiß. Noch während meiner Aussage sah ich in einigen Rauchpausen, wie der mich vernehmende Beamte (einer anderen Dienststelle) mit einem der mittlerweile in Zivil anwesenden beteiligten Beamten vom Tattag tuschelte und ständige Abstimmungen vornahm. Naiv wie ich war, nahm ich das nicht ernst. Ich hatte nach einiger Zeit die Aussagen getätigt und wollte dann gehen. Allerdings hatte ich nicht damit gerechnet, dass ich nun Folgendes sinngemäß vom vernehmenden Beamten zu hören bekam : Die Beamten der Dienststelle seien, da ich ja zwei von ihnen ange"piss" hätte, nachvollziehbar sauer und hätten auf der Grundlage eines tatsächlichen alten Knöllchens eine Erziehungshaft organisiert. Ich solle das sofort bezahlen, da später ohne den Vernehmenden oder die Anzeigen aufnehmenden Beamten ganz alleine mit den anderen sei und das Folgen haben könnte..Real wurde mir ein anderes mögliches Szenario angedeutet, clevererweise ist man nun jedoch immer ganz allein und die Beamten mindestens zu zweit. Trotz der Tatsache, dass ich ca. 125 € in bar in der Tasche hatte, musste meine Frau mir die restlichen 5 € zur Erreichung der vollen Summe bringen, da ansonsten Moabit incl. Fahrt dahin 98.00 € und angebrochene Unterbringung zusätzlich fällig sei. Es war subjektiv bedrohlich und ehrlich gesagt war ich froh, als ich draussen war.

Ich organisierte noch einen Termin beim Chef der Dienststelle für den folgenden Dienstag und ging dann.

Konkret werfe ich den hier beteiligten Beamten folgende Verstöße vor:

- **Zeitgleiche Absprache meiner Strafanzeige mit den Tatbeteiligten in Vernehmungspausen im Bereitschaftsraum der Dienststelle**
- **Zeitgleiche Verfälschung der Tatsachen**
- **Umwandlung meiner Strafanzeige in eine Dienstaufsichtsbeschwerde und Verzögerung der Weitergabe derselben**
- **Aufbau einer Bedrohungsathmosphäre mit dem Ziel der Verunsicherung meiner Person respektive des Fallenlassens meiner Anzeige. Organisation subtiler Bedrohung gegen mich persönlich mit dem Ziel, mir Angst einzuflößen. Dies begann bereits am Tag der Anzeige in der Dienststelle seitens des vernehmenden Offiziers als auch der in der Bereitschaftswache anwesenden Polizeibeamten („Sie haben Kollegen von uns angepisst“ „ Wir können Sie sofort festnehmen und in welche Zelle Sie mit wem zusammen kommen, bestimmen wir“ uswuf.)**
- **Verschleierung und Beginn der Strafvereitelung**
- **Beginn der Organisation vermeintlicher „Unschuld“ des Diebes B. mit dem Ziel, dass bei Unschuld des Diebes dann ja alles „richtig gelaufen sei und man am Tattag ja nicht falsch gehandelt hätte“**
- **Es kam objektiv zur Verschmelzung der persönlichen Interessenlage des kriminellen, mittlerweile verurteilten Diebes B. mit der Interessenlage der am Tattag versagt habenden Beamten und im Nachgang dann zur Einschätzung, dass mein Fall nicht „von öffentlichem Interesse“ sei und wieder im Nachgang zur Einstellung verschiedener Verfahren.**

D. Gespräch mit Herrn (Name bekannt, damals 2004 Chef Abschnitt Segelfliegerdamm) und beisitzendem Beamten am folgenden Dienstag und weiter

Herr (Name bekannt) bedauerte das untätige Verhalten der Beamten am Tattag und sagte lückenlose Aufklärung zu. Ich nahm diese Entschuldigung im Vertrauen auf die Redlichkeit der Beamten an. Später nahm Herr Königsson von seiner Entschuldigung Abstand, sicher war ihm klargeworden, dass ich dieselbe als Schuldeingeständnis werten könnte. Ausserdem stellte sich später heraus, dass meine Strafanzeige in eine Dienstaufsichtsbeschwerde umgewandelt worden war und nur durch Nachfrage meines Anwalts *überhaupt* zur Staatsanwaltschaft ging. Ich bin zu dem Verhalten der Beamten nie wieder befragt worden, das Verfahren wurde eingestellt, Beschwerde abgelehnt. Ich gehe davon aus, dass während meiner Aussage im Pausengespräch mit einem der Tatbeteiligten meine Aussagen entschärft und verfälscht wurden und so eine insgesamt falsche oder verfälschte Darstellung den entscheidenden Staatsanwälten vorlag. Später wurde allerdings eine Verletzung der Dienstpflichten am Tattag eingeräumt. Es hat sich bisher niemand bei mir oder meiner Familie entschuldigt. Im Gegenteil musste ich später erneut eine Anzeige stellen, weil aus völlig unerfindlichen Gründen zwei andere Beamte aus dem Segelfliegerdamm mich auf meinem Quad vom Kino bis in den Dammweg 3 km verfolgten und dann nach einem WARNDREIECK (unterm Motorradsitz !) fragten. Ich gehe hier von klarer Botschaft aus : Sieh Dich vor, Thomsen ! Seien Sie versichert, dass ich an Redlichkeit der Polizei nur noch schwer glauben kann. Andererseits vermittelt mir der Herr KOK (Name bekannt) (Weissensee) das Gefühl, dass er verantwortungsvoll ermittelt, auch wenn die angezeigten Tatbestände wegen meiner juristischen Unbedarftheit vielleicht nicht korrekt bezeichnet wurden.. Ich kann erst heute wissen, dass (weil mittlerweile durch B. die wesentlichen werthaltigen Waren und auch stationäre Ladeneinrichtung verkauft wurde, ohne auch nur einen Cent zu zahlen), es sich weniger um einen Diebstahl als mehr um eine Unterschlagung der Sicherheiten handelt. Übrigens fiel diesem KOK auf, dass damals NOCH NICHT EINMAL DIE PERSONALIEN DER TÄTER FESTGESTELLT WORDEN

WAREN.... Dass die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen B. wegen „mangelnden öffentlichen Interesses“ und weil er vorgibt, „selbst Ansprüche zu haben“ eingestellt hat, wie ich erst kürzlich zufällig im Gespräch mit Herrn KOK (Name bekannt) erfuhr, empört mich zutiefst. Gestatten Sie mir folgende Schlussfolgerung: Da eine Amtshaftung befürchtet wird, haben wir ekelhafterweise folgende OBJEKTIVE Interessenlage: Wenn B. eigentlich kein krimineller Dieb und Unterschläger ist, haben im Umkehrschluss die tattagbeteiligten Beamten ja eigentlich nichts verkehrt gemacht, jedenfalls finanziell besteht also eine für mich nachteilige Interessenkonstellation in Übereinstimmung von Täter B. <—> Polizei – Amtshaftenden. Also wird der Dieb B. für unschuldig erklärt und man ist selbst fein raus....Im Ergebnis dieser Überlegungen hält sich unser Vertrauen wieder etwas mehr in Grenzen. Übrigens ist der Dieb B., leider viel zu spät, mittlerweile per Strafbefehl verurteilt und somit vorbestraft. Insofern ist auch diese Argumentationskette zusammengebrochen.

Konkret werfe ich den hier beteiligten Beamten (Leiter der Dienststelle und Kollege) folgende Verstöße vor:

- **Entschuldigung mir gegenüber („es ist wirklich alles schiefgegangen, was nur schiefgehen konnte“...) mit dem Ziel, Zeit zu gewinnen, um**
- **Massnahmen einleiten zu können, die unterstellten Kollegen zu schützen**
- **Verfälschung der Tatsachen**
- **Massive Versuche, meine Glaubwürdigkeit prinzipiell zu untergraben**
- **Allgemeine Verzögerung der Angelegenheit**
- **Vertuschung der Handlungsweise der beteiligten Beamten**
- **Rechtsbeugung und Strafvereitelung hinsichtlich (a) B., der ja zum Schutz der Beamten unschuldig bleiben musste und (b) der beteiligten Beamten selbst**
- **Mögliche Beteiligung an der Organisation einer ständigen subtilen Bedrohungsumgebung**
- **Absprache mit anderen Behörden zur Strafvereitelung sowie Druckausübung mit dem Ziel meiner finanziellen, mentalen und moralischen Vernichtung**
- **Verhinderung der Zeugenaussage des Hauptzeugen, der das Verhalten der Beamten am Tattag Punkt für Punkt untermauern kann**
- **Organisation von Fehlinformationen gegenüber später involvierten Kriminalbeamten, die mir das zT kopfschüttelnd und bedauernd mitteilten**
- **Organisation respektive billigende Inkaufnahme unseres finanziellen, moralischen mentalen, physischen und psychischen Ruins aus Gründen eines im Grunde kriminellen und mafiösen „Korpsgeistes“. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass ich mich hier sehr gut auskenne, derartige Vorkommnisse in meinem damaligen mir unterstellten Bataillon aber durch mich persönlich mit aller Härte unterbunden wurden. Es ist unverzeihlich.**

Weiterführend kann ich Ihnen noch mitteilen, dass alle involvierten Berliner Behörden bisher unsere Situation weiter verschlechtert und erschwert haben. Sie agieren seitens desselben Dienstherrn unkoordiniert oder (was noch schlimmer wäre), zu unserem Nachteil koordiniert. Sei entschieden auf der Grundlage einer verfälschten Aktenlage, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass der Haupt – und Augenzeuge bisher IMMER NOCH NICHT BEFRAGT WURDE.

Negative Folgen:

- Ich musste auf Betreiben des FA Treptow Ende 2004 die EV abgeben und bin als Geschäftsmann erledigt, es gelang jedoch mit übermenschlicher Anstrengung unter Aufbietung aller Kräfte, das Geschäft weiterzuentwickeln und den Titel „Deutschlands Pfeifenmacher des Jahres 2007“ zu erringen, was dann einiges an Reputation einbrachte und zumindestens die Umsätze etwas stabilisierte
- Ich wurde seitens des Gewerbeamtes Treptow einem Gewerbeentzugsverfahren unterzogen, was allerdings wie das Hornberger Schiessen ausging
- Es stellten sich nach und nach Ermüdungserscheinungen und Zermübnungserscheinungen mit seelischen und körperlichen Folgen ein
- Wir haben seit dem Tag keinen Urlaub mehr machen können
- Ich wurde seitens eines Gläubigers durch die sog. Russenmafia bedroht, konnte jedoch durch meine Sprachkenntnisse und Glaubwürdigkeit den Spiess umdrehen
- Ich persönlich bin durch aktive Verleumdung diskreditiert worden
- Ich habe meine Ehre verloren
- Wir leben seitdem am Rande des Existenzminimums, trotz der Tatsache, dass wir alle Reserven (auch Spareinlagen im Interesse der Kinder, Lebensversicherung..) angreifen mussten
- Alle geplanten Investitionen in das Geschäft wurden unterbunden oder unmöglich
- Wir leben physisch und psychisch „von der Substanz“
- Ich habe tiefgründig das Vertrauen in das, was gemeinhin als Rechtsstaat bezeichnet wird, verloren. (das ist verständlich, wenn man bedenkt, dass Beschäftigte in Bäckereien nach 30 Jahren wegen Mundraub eines alten Brötchens gekündigt werden und Arbeitsgerichte dann wegen „nachhaltig gestörten Vertrauensverhältnisses“ diese Kündigung auch noch bestätigen). Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass mein/unser Vertrauen ebenfalls nachhaltig gestört ist.
- Daher haben wir auch nicht gegen das Land Berlin geklagt, denn die Prozesskosten über möglicherweise 3 Instanzen wären wegen unseres Immobilienvermögens nur mit einem weiteren Kredit möglich gewesen. Bei Verlust desselben wäre unsere Existenz endgültig erledigt gewesen. Alles spricht nach unserem Erleben dafür, dass eine technokratisch agierende Bürokratie auch das billigend in Kauf genommen hätte, und das wollten wir AUF JEDEN FALL IM INTERESSE UNSERER KINDER vermeiden. Mit der Justiz haben wir leider ebenfalls schlechte Erfahrungen in dieser Sache, was ich belegen kann. Jedenfalls wurde der Dieb B. mittlerweile mittels Strafbefehl verurteilt und ist somit vorbestraft, leider jedoch künstlich insolvent und somit gelang es ihm, letztendlich seinen ganzen kriminellen Plan mit aktiver Hilfe seitens einiger Berliner Beamter umzusetzen. Er lebt so wie die beteiligten Beamten friedlich sein Leben....
- Mein Einkommen ist tatsächlich Null, ich habe einige Vermögensgegenstände (Motorrad, Auto, Privatgegenstände...) veräußert und alle Einnahmen meinerseits zur Tilgung von Verbindlichkeiten eingesetzt, die meine Familie gefährden.
- Ich empfinde Hass und Ekel gegenüber denjenigen, die uns DAS angetan haben oder es billigend in Kauf nahmen. Ich kann nur unter Aufbietung aller Kräfte im Rahmen der Herstellung kunsthandwerklicher Gegenstände, musischer Lebensäußerungen anderer Art usw. kreativ sein, was ich aber sein MUSS.
- Ich konnte wegen der Produktionsnotwendigkeit von sofort verkäuflichen Mittelpreisprodukten zur Absicherung von Zahlungen meine künstlerischen und qualitativen Vorstellungen nur sehr langsam umsetzen, was u.a. zu entscheidenden und langlebigen Imageverlusten im Bereich der Pfeifenmacherei führte.
- Ich brauchte täglich ein Übermass an Kraft, um überhaupt noch einigermaßen gelassen zu bleiben und im Geschäft Haltung zu bewahren

- Zu den eigentlichen Verlusten materieller Art kommt noch allgemeiner Vertrauensverlust, allgemeine Zermürbung, oft auftretende Gereiztheit und Missstimmung, Schlaflosigkeit, Trauer wegen der materiellen Minderausstattung meiner Kinder, Ärger und Wut wegen der sagenhaften Inkompetenz oder/und Verantwortungslosigkeit vieler Behörden im Allgemeinen, die völlig destruktiv und unflexibel agieren, weil anscheinend der spezielle Fall inclusive der Mitschuld anderer Behörden nicht haarklein in den entsprechenden Vorschriften vorgesehen ist und Ermessensspielräume wegen der Angst um den eigenen Status nicht ausgeschöpft werden.
- Wir treffen ständig auf Misstrauen, weil die Vorfälle SO hahnebüchen sind, dass einige Menschen einfach nicht glauben können, dass sich die ganze Sache tatsächlich so abgespielt hat, im Grunde werden wir ständig als unglaubwürdig behandelt.
- Ich verlor meine private Krankenversicherung und damit auch eine Zusatzversicherung für eine geplante teure Behandlung
- Ich habe keinerlei Lebens- oder andere Versicherungen und Kapitalrücklagen ähnlicher Art mehr und bin sozusagen völlig entkapitalisiert
- Ich muss Waren per Vorauszahlung oder Nachnahme beziehen, was einen erheblichen Konkurrenznachteil darstellt, da vergleichbare Geschäfte lange Zahlungsfristen haben und die Zahlungsbeträge aus der aktuellen Lieferung erarbeiten können und ich nicht.
- Durch den jahrelangen Kampf mit Ämtern und Behörden um unsere Lebensrechte wurden wir als "Querköpfe" eingestuft, was weitere Nachteile mit sich bringt
- Meine gesamte Familie lebt ständig mit dem Gefühl, dass wir gezwungen werden sollen, den Verlust einfach hinzunehmen und ansonsten dermassen unwichtig sind, dass wir schon aus Höflichkeit gegenüber den völlig überforderten Mitarbeitern auf Ämtern und Behörden besser einfach zu schweigen hätten, damit sie sich "um die wirklich wichtigen Dinge" kümmern könnten...
- Es kostet eine ungeheure Kraftanstrengung, täglich nur mit dem einen Ziel tätig zu sein, die durch andere aufgehäuften Verbindlichkeiten abzuarbeiten, noch dazu es sich ausgerechnet um Menschen handelt, die eigentlich FÜR GENAU DAS GEGENTEIL BEZAHLT werden.
- Noch schlimmer ist es, diesen Leuten gegenüber höflich bleiben zu müssen oder zu sollen, aus rein formalen Gründen. Es kostet wirklich Kraft, irgendeinem Behördenmitarbeiter (Gewerbeamt, Bezirksamt, Finanzamt, Gerichtsvollzieher, mahnenden RA eines Gläubigers usw.) gebetsmühlenartig immer wieder dieselbe Geschichte erklären zu müssen und dabei AUCH NOCH HÖFLICH BLEIBEN ZU SOLLEN...
- Es ist absolut anstrengend, fast täglich irgendwelche bedrohlich Post zu bekommen, die noch dazu z.T. computergeneriert ist und aber tunlichst beachtet werden muss, weil manchmal Zwänge aus REIN FORMALEN GRÜNDEN der Fristüberschreitung entstehen.

Letztendlich ist das nur eine Teilaufstellung der Folgen , es ist bei näherer Betrachtung ein grosser Komplex typischer Opferfolgen, die allerdings um so grösser sind, desto mehr der eigentlich das Recht schützende Staat als Täter involviert ist und dann dazu übergeht, seine Rechtsmittel und Zwangsmöglichkeiten brutal im Rahmen von Selbstschutz zu aktivieren.

Hier scheinen einige Mechanismen einfach nicht zu funktionieren. Opfer ist der in die Mühle der Bürokratie geratene Bürger, in diesem Fall samt Familie. Und so kann es beim besten Willen einfach nicht sein. Ich muss allerdings gestehen, dass ich mir die Jahre jenseits der Midlife-Crisis wirklich anders vorgestellt hatte....

Positive Folgen:

- **Wir konnten unter Aufbietung aller Kräfte den Grossteil des Vermögensschadens kompensieren, ohne irgendwelche Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir keine ALMOSEN wollen.**
- **Wir sind stolz darauf, dass die Familie (noch) nicht zerbrochen ist.**
- **Unsere Kinder haben sich trotz der erheblichen Einschränkungen gut entwickelt**
- **Wir haben unser aktives gesellschaftliches Engagement weitergeführt, was sich u.a. im Elternsprecherrat, Frank-Zanders-Obdachlosentafel uvm. widerspiegelt**
- **Wir konnten autoaggressive oder überhaupt aggressive Akte unsererseits vermeiden.**
- **Wir konnten unsere allgemeine Menschlichkeit bewahren.**
- **Wir haben bisher die uns gegenüber begangenen Handlungen noch nicht als systematisch oder systemimmanent bewertet und fällen noch Einzelfallentscheidungen gegenüber dem einzelnen Beamten, die für sich genommen zT unschuldig sind, sich aber trotzdem im Rahmen der Systematik mitschuldig gemacht haben, und sei es nur durch wissentliche Inaktivität oder billigende Inkaufnahme oder Nichtausschöpfung der Ermessensspielräume.**

Ich habe folgenden Standpunkt:

Das Land Berlin mittels zweier Beamter und im weiteren dann derer Vorgesetzter im Verbund mit anderen Behörden ist direkt verantwortlich für unser allseitiges Desaster in Bezug auf die Ermöglichung und aktive Verschärfung des Vermögensverlustes. Dieser Verlust beträgt ca. 100 TE, nicht gerechnet Schmerzensgeld usw. wegen unserer erlittenen anderweitigen Schädigungen, Beleidigungen, Untergrabung unserer Integrität usw.. Der gleiche Dienstherr betreibt mittels anderer Behörden in vollem Bewusstsein der Geschehnisse aktiv weiteren Vermögensverlust, der derzeit kurzfristig existenziell wurde. Die Kausalkette ist eindeutig. Das Land Berlin als Dienstherr handelt rechts- und sittenwidrig, unmoralisch, inhuman und nimmt unseren allseitigen Verfall wissentlich in Kauf...

Ich verlange

- **Eine offizielle Entschuldigung seitens der Beteiligten (die, wie wir wissen, in allen Sozietäten wichtigster Täter-Opfer Ausgleich ist und einer BRINGEPFLICHT unterliegt)**
- **Eine tiefgründige Untersuchung der Vorfälle und der Gründe dafür**
- **Einen materiellen und moralischen Ausgleich in unserem Interesse**
- **Wiederherstellung meiner Glaubwürdigkeit**
- **Wiederherstellung meiner Ehre als Mensch, Familienvater und Geschäftsmann**
- **Einen sofortigen Stop aller Zwangsmassnahmen uns gegenüber seitens aller Behörden, da eventuelle Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin in jedem Fall ihre Ursache in dem Vermögensverlust haben und nur einen Bruchteil der Schadenssumme ausmachen. Vergessen wir bitte nicht, dass das Land Berlin als Dienstherr verantwortlich ist und nun den Schaden periodisch ständig weiter vergrössert.**
- **Ich verlange konkret einen sofortigen Stop der Kontopfändung des Kontos meiner Ehefrau über ca. 8000 EUR seitens des FA Treptow, die einzig und allein auf der Tatsache beruht, dass wir einige Dokumente (Ausgabebelege) aus der Zeit des Diebstahls nicht beibringen können, weil sie eben wegen des Diebstahls und der**

Begleitumstände schlicht und einfach verloren sind, was den Beamten bekannt ist.

Gestatten Sie mir bitte abschliessend einige ehrlich gemeine Fragen:

Wenn sich herausstellt, dass alles, was hier ja übrigens nur angerissen wurde, WAHR ist und wenn uns gleichzeitig andauernd und weiterhin Schaden aller Art aktiv zugefügt wird und keine Exekutive dem Einhalt gebietet oder durch die Legislative dazu aufgefordert wird oder auf anderem Wege kein materieller und moralischer Ausgleich herbeigeführt wird usw.:

DARF ICH DANN DAS RECHT ANGESICHTS DIESES OFFENSICHTLICHEN UNRECHTS SELBST IN DIE HAND NEHMEN ?

Oder

Wenn es keinen Ausgleich zu unseren Gunsten gibt, darf ich dann einen archaischen Negativ-Ausgleich im Rahmen adäquater Schmerzzufügung gegenüber den bekannten Verantwortlichen herbeiführen ?

Oder

Darf ich angesichts von behördlicher Willkür uns gegenüber ebenfalls willkürlich handeln ?

Oder

Darf ich zu dem Schluss kommen, dass wesentliche Menschenrechte existenzieller Art tatsächlich längst ausgehebelt sind ?

Oder

Darf ich das System als „System kollektiver Unverantwortung“ bezeichnen ?

Oder

Darf ich das Geschehene als Tyrannei betrachten und für mich das Recht auf Tyrannenmord einfordern ?

Oder

Darf ich irgendwann einfach die Nerven verlieren, was ja eigentlich logisch wäre ?

Ich bitte Sie um eine Antwort diesbezüglich.

**Vor allem bitte ich aber, immer noch optimistisch, um unbürokratische und stille Erledigung des Problems zugunsten vor allem meiner Familie.
Meine erlernten Methodiken auf der Grundlage erfolgreicher Tätigkeit als Artillerist und ausgebildeter Sprengberechtigter wären selbst aus meiner Sicht zu laut und letztendlich auch nicht zielführend, selbst wenn ich das Ziel träfe ☺ Ich lehne das**

daher ab, auch wenn die nachfolgenden Talkshows vielleicht einige Nachdenklichkeit seitens einiger Staatsdiener hervorrufen und vielleicht für den nächsten gleichgelagerten Fall eine Erleichterung bedeuten würden... Es würden jedoch mindestens folgende Fragen im Raum stehen bleiben:

Wie konnte DAS im Rechtsstaat BRD passieren ? WARUM hat man der Familie Thomsen DAS angetan ? WARUM hat niemand aus der Riege der kompetent informierten Entscheidungsträger in diesen Teufelskreis eingegriffen ? WARUM ist der Verfassungstext hinsichtlich der Bürgerrechte respektive Staatspflicht dermassen im Gegensatz zur selbsterlebten objektiven Realität ? WO soll das hinführen, wenn man derartig agierende, eigentlich rechtssichernde Staatsbeauftragte an der Weiterführung ihres schändlichen Tuns nicht hindert ?

Mit freundlichen Grüßen

iOg.

Nils Thomsen

PS 1: Meine Frau hat standhaft und so, wie eine Ehefrau und Mutter nur handeln kann, neben ihrer Arbeit an der Charite Berlin, Kindererziehung, Haushalt, in der Elternvertretung unserer Kinder und an vielen Positionen , im Gegensatz zu einer ganzen Reihe von Personen, die z.T. im Schreiben genannt wurden, einfach **Verantwortung übernommen**, ehrenhaft und liebevoll gehandelt und keine Opfer gescheut, um all diese Folgen abzuwenden und die Familie intakt zu halten und gleichzeitig noch unserem Lehrling Mut zuzusprechen. Sie kann bald nicht mehr weiter und hat wahrhaftig genug gelitten.
Ich schlage sie für eine geeignete Form der Würdigung vor.

S 2: Mein Sohn Erik sollte mittels eines bereits angesparten Kontos zum 16. Geburtstag wegen eines geplanten Auslands-Bildungsaufenthaltes , Fahrerlaubnis usw. 5000,00 EUR erhalten. Dieses Geld war angespart und musste (mit seiner Einwilligung) zur Rettung des Geschäftes und Sicherung der allgemeinen familiären Lebensfunktionen verwendet werden. Er hat hochherzig und ohne zu Zögern der Notwendigkeit erkannt und war stolz, der Familie helfen zu können. Was für ein anständiger kleiner Kerl ! Er wird mittlerweile 21 und es wird höchste Zeit, ihm verbal und finanziell hohe Anerkennung zu zollen, und zwar aus dem Kreise derjenigen, die mittelbar oder unmittelbar für den Verlust dieser Mittel verantwortlich sind.

PS 3: Meine Tochter Rike ist gerade 16 Jahre alt geworden, für sie trifft sinngemäss genau dasselbe zu. Allerdings kamen wir hier gar nicht erst zum Ansparen.

PS 4: Für mich selbst verlange ich lediglich Wiederherstellung meiner Ehre als Mensch, Vater und Geschäftsmann sowie Ausgleich für meine mentalen, psychischen und physischen Belastungen. Ich hoffe, dass das Wort „Ehre“ als Begriff überhaupt noch eine Bedeutung hat in einer kaufmännisch organisierten Welt, die alles und jedes ökonomisiert und so täglich moralische und ethische Werte untergräbt. Ich hoffe, dass man sich nicht per se lächerlich macht, wenn man das Wort EHRE überhaupt noch werthaltig nutzt und das auch von Personen im Beamtenverhältnis verlangt.... Furchtbar, die Preussen, nicht wahr ? Die haben aber auch Toleranz und Leben-und-leben-lassen auf der Fahne...

iOg. Nils Thomsen

Weiterführende Lektüre finden Sie unter www.nilsthomsenkriminalfall.de

Schlussfolgerungen und Strafanzeige:

Nun, haben Sie sich ein wenig mit der Angelegenheit beschäftigt ? Haben Sie einige Dinge bemerkt und sich vielleicht auch gefragt, was wie zusammenhängt und wie das passieren konnte ? Glauben Sie mir, ich habe das auch gefragt. Ich habe mich das sechs Jahre lang gefragt. Und jetzt stelle ich folgende Frage, wozu ich nochmals auf einige kleinere Merkwürdigkeiten eingehe:

1. Der Haupttäter führte am 08.02.2004 seine Handlungen gemeinsam mit einigen anderen Personen durch. Einer von denjenigen Mittätern (Name bekannt) stellte sich nach der Abfahrt des beladenen Kleintransporters, also nach der Tat, am Abend desselben Tages bedauernd vor, als er im Gespräch mit mir und meiner Frau einige Hintergründe erfuhr. Es entschuldigte sich ausdrücklich bei uns und stellte sich als Polizeibeamter (Dienst in Berlin Mitte oder Pankow, wenn ich nicht irre) vor. Er sagte, dass er lediglich ein ferner Bekannter des Haupttäters sei und lediglich als "Möbelträger, Umzugshelfer" mitgeholfen habe. Er sah tatsächlich sehr bedrückt aus und bat uns, ihm Gelegenheit zu geben, seine Schuld wieder gutzumachen, indem er die Rückgabe der gestohlenen oder abtransportierten Sachen organisieren würde. Nun, ich war natürlich froh darüber und er bat mich, wenn er alles so organisieren würde, von einer Strafanzeige gegen ihn abzusehen, da ansonsten seine Dienstlaufbahn als Polizeibeamter beendet sei. Ich nahm den Vorschlag an und tatsächlich erschien der Haupttäter am Folgetag und erklärte sich schriftlich bereit, die Sachen zurückzubringen. Davon nahm er später per Gerichtsboten (AG Köpenick) per Zustellung eines Schriftstückes wieder Abstand. Das war im Übrigen eigentlich gar nicht möglich, da er zu dem Zeitpunkt gar nicht mehr zurücktreten konnte. Diese Vorgänge sind alle schriftlich dokumentiert und (auch durch denjenigen, der sich als Polizeibeamter in Zivil vorgestellt hatte) unterzeichnet.
2. Die Alarmierung der Polizei über "einen Diebstahl in Verzug" erfolgte durch einen anwesenden Zeugen mehrfach innerhalb von 1-2 Stunden, ohne dass jemand seitens der alarmierten Polizei erschien, erst als ich selbst die Notrufnummer wählte, trafen zeitgleich mit mir vor dem Kino ein. Sie verboten mir sofort, den Ort des Diebstahls zu betreten und verwiesen mich in den anderen Raum gegenüber, der jetzt mein Pfeifengeschäft ist. Im weiteren verfahren sie wie beschrieben und hinderten mich am Verlassen dieser Räumlichkeit. Sie waren mit ihren Dienstwaffen bewaffnet. Sie verweigerten alle Dinge, die ich geschildert habe. De facto waren sie somit bewaffnete Komplizen der eigentlichen Täter und begingen mir gegenüber Nötigung, indem sie mich am Schutz meines Eigentums hinderten. Sie weigerten sich vehement, alle verlangten Aktivitäten (Aufnahme einer Anzeige, Einsichtnahme in die Dokumentation, Herstellung des Status Quo uswuf.) einzuleiten. Damit stellten sie gegen jede Dienstvorschrift den Erfolg der Wegnahme der Gegenstände und das Verbringen der gestohlenen / geraubten aktiv sicher. Ohne diese lange Reihe von Nötigungen und gegen mich gerichteten Aktivitäten wäre der Diebstahl gar nicht möglich gewesen. Wenn nun die Beamten de facto und praktisch bewaffnete Komplizen der Täter waren, handelt es sich um einen bewaffneten Raub. Hatte der Mittäter, der vorgab, Polizist zu sein, sie dazu aufgefordert ? Alle Anzeichen sprechen jedenfalls dafür, dass es vorhergehende Absprachen in mir nicht bekanntem Rahmen gab.
3. Während meiner Anzeige eine Woche später in der Dienststelle liess man mich unter dem Vorwand, wegen meiner geplanten Anzeige einen dienststellenfremden Beamten heranzuholen zu müssen, überdimensional lange (etwa 2,5 Stunden) warten und nutzte die Zeit, um die Beamten des Tattages in die Dienststelle zu holen. In Vernehmungs - Rauchpausen sah ich von der Treppe aus im Bereitschaftsraum der Dienststelle, wie der mich vernehmende Beamte mit den Original-Vernehmungsdokumenten die beteiligten Beamten informierte und Absprachen traf.

Er war es, der mich nötigte, aus der schriftlich formulierten Strafanzeige gegen die Polizeibeamten des Tattages eine Dienstaufsichtsbeschwerde zu machen. Ausserdem wurde ganz bewusst eine bedrohliche Atmosphäre aufgebaut. War der mich vernehmende Beamte etwa ein ebenfalls involvierter Komplize ?

4. Am folgenden Dienstag traf ich mich dann mit dem damaligen Leiter der Dienststelle und einem beisitzenden Polizeioffizier in den Räumlichkeiten des Leiters der Dienststelle Segelfliegerdamm. Ich beschwerte mich über das Verhalten der Beamten am Tattag als auch während meiner Anzeige , man entschuldigte sich bei mir und versprach lückenlose Aufklärung. Als ich mehrere Wochen später nachfragte, war von einer Entschuldigung keine Rede mehr und es stellte sich später auf Nachfrage meines Anwalts heraus, dass die Angelegenheit gar nicht an die Staatsanwaltschaft weitergegeben worden war. Waren auch diese beiden Beamten Komplizen, die durch Zeitgewinn und Vertuschung die ganze Sache deckten ?
5. Ich wurde dann später mit meinem Quad wie geschildert verfolgt und völlig unlogisch in eine Situation gestellt, die natürlich den Sinn hatte, mir einen Schrecken einzujagen. Die Anzeige, die ich damals stellte, Waren auch diese Beamten Komplizen oder durch andere vorgenannte mögliche Komplizen beauftragt ?
6. Ich stelle schlussfolgernd folgende Fragen:

Kann man von einer Komplizenschaft, jedenfalls de facto, sprechen ?

Handelte es sich also um einen bewaffneten Raub ? Wurde dieser Raub vorbereitet, begangen und vertuscht durch eine kriminelle Vereinigung, bestehend aus den Haupttätern und den involvierten Beamten ?

Wie wird die Tatsache, dass ich während der Tatzeit im Laden festgehalten wurde und denselben nicht verlassen durfte, um mein Eigentum zu schützen, gewertet ? War das eine bewaffnete Nötigung oder nur eine Nötigung ?

Sie sehen jetzt, dass es gut war, die Sache öffentlich zu machen... Ich bin oft genug bedroht worden. Beenden wir das perfide Spiel.

Ich stelle Strafanzeige gegen die Haupttäter und die am Tattag sowie in der Folge involvierten und beteiligten Beamten wegen

- bewaffneten bandenmässigen oder gemeinschaftlichen Raubes in Verbindung mit Nötigung**
- Bildung einer kriminellen Vereinigung mit dem Ziel der Vorbereitung, Durchführung und Vertuschung des bewaffneten bandenmässigen oder gemeinschaftlichen Raubes sowie der Sicherung der gestohlenen oder unterschlagenen Güter (angeblicher Diebstahl der geforderten Dinge aus den Räumlichkeiten des Haupttäters und andere Aktivitäten)**

mit freundlichen Grüssen

Nils Thomsen